

Jahrestreffen der CVPO Sponsorengruppe im Bundeshaus in Bern

Zu Besuch bei Bundesrätin Amherd

Bern. – Eine Gruppe von Mitgliedern und Sympathisanten der CVPO hat sich zum Ziel gesetzt, die Geschäftsführung der CVPO jährlich finanziell zu unterstützen und damit einen Beitrag zu deren optimalen Funktionieren zu ermöglichen.

Diese Gruppe entstand noch im vorigen Jahrtausend aus einer finanziell schwierigen Lage der Partei heraus. Erster Präsident war der damalige Grossrat Alex Stoffel. Ihm folgte Ständerat Rolf Escher, der die Präsidentschaft dann an Beat Abgottspon, ehemaliger Fraktionspräsident der CVPO im Grossen Rat, übergab.

Jahrestreffen 2019 in Bern mit den CVPO Politikern

Die Unterstützergruppe trifft sich einmal im Jahr zu einem ungezwun-

genen Treffen zum Austausch mit den CVPO Mandatsträgern auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Treffen finden üblicherweise im Oberwallis in Form einer Besichtigung eines Unternehmens oder einer Institution statt.

Am 19. November 2019 trafen sich die Mitglieder der CVPO Sponsoren dieses Jahr im Bundeshaus in Bern. Dies in Anwesenheit von Bundesrätin Viola Amherd, Ständerat Beat Rieder, Nationalrat Philipp Matthias Bregy, CVPO Präsidentin Franziska



Bundesrätin Viola Amherd empfing die Teilnehmenden in ihren Arbeitsräumlichkeiten.

Biner und weiterer CVPO Prominenz. Auf dem Programm stand zuerst eine sehr interessante geführte Besichtigung des Nationalrats- und Ständeratssaals. Für die ehemaligen Ständeräte Daniel Lauber und Rolf Escher war die Platznahme auf ihren damaligen Stammplätzen natürlich mit besonderen Emotionen verbunden. Danach stellte Frau Bundesrätin Viola Amherd der Gruppe ihr Departement und ihre Arbeitsräumlichkeiten vor. Die neue Chefin des VBS stand für



die Fragen der Teilnehmer zur Verfügung und skizzierte die Herausforderungen, die sich in diesem weitläufigen Departement aktuell stellen. Die Anwesenden erhielten einen höchst interessanten Einblick in den reich befrachteten Arbeitstag einer Spitzenmagistratin. Ein Imbiss mit Aperó im Restaurant Galerie des Alpes mit angeregten Gesprächen unter der Teilnehmenden rundeten den gelungenen Jahresanlass in Bern ab.



Durch Ständerat Beat Rieder und Nationalrat Philipp Matthias Bregy gab es eine Besichtigung der Ratssäle, die besonders für die beiden alt Ständeräte Rolf Escher und Daniel Lauber schöne Erinnerungen wach riefen.

KOLUMNE

HEUTE VON ...



PHILIPP MATTHIAS BREGY

Auf ein Bier mit Google ...

Sie schmunzeln. Fragen sich, wie soll das gehen. Schütteln vielleicht sogar den Kopf. Nun, ich konnte ja schlecht schreiben auf ein Gespräch, einen Jass oder einen Arztbesuch, all das gibt es mit Google bereits. Sogar Beichtgelegenheiten soll es zwischenzeitlich geben. Aber auch das gemeinsame Bier scheint nur eine Frage der Zeit. Einer Zeit, die sich rasant ändert. Früher wussten Pfarrer oder Lehrer (sie wussten es beide übrigens heute noch), später Berater wie «Dr. Sommer» oder die «Liebe Marta» Antworten auf unsere Fragen; heute Google. Simpel, mit einem einfachen Klick, gefühlt diskret, aber alles andere als anonym wie uns Algorithmen lehren.

Die Onlinerräume füllen sich, werden vernetzter, interaktiv. Ein «Freund» mehr auf Facebook, ein weiterer «Follower» auf Twitter oder ein «Sie wurden zur WhatsApp-Gruppe hinzugefügt». Oder «entfernt»; auch das soll es geben. Unser Leben wird digital. Parallel dazu entleeren sich die öffentlichen Räume. Das Gespräch an der «Steh» – wie man die Theke im Briger Hotel Simplon liebevoll nannte – wird Geschichte, ebenso die allabendlich gut gefüllten Restaurants. Ein kleiner «Beizcheer» (der Beizer Ihrer Wahl wird sich freuen) dient Ihnen als Beweis. Die Kinos hatten ihre besten Tage lange vor Netflix und der «Abusitz» hat sich aus unserem Sozialleben entfernt, so weit, dass man das Wort heute bereits erklären muss.

Die Digitalisierung ist unbestritten eine grosse Chance. Nicht zuletzt für die Rand- und Bergregionen, die dadurch den Puls der Wirtschaft spüren und näher an die Zentren der Macht rücken. Trotzdem bleibt die Beurteilung ambivalent. Nicht alles ist gut und viele Fragen sind weiterhin offen. Auch deshalb offen, weil die Politik diese nicht offensiv genug angeht. Das Parlament wird sich in der aktuellen Legislatur spezifischer mit den technologischen Veränderungen auseinandersetzen müssen. Und auch der Bundesrat weiss um sein diesbezügliches Entwicklungspotential. Es gilt das Zusammenleben dort zu regeln, wo sich die Menschen aufhalten, neu vermehrt in virtuellen Räumen. Klare Regeln sind gefragt, zu verhindern gilt es aber eine Überreglementierung wie sie teilweise heute im öffentlichen Raum besteht. Entscheidend wird die Balance. Auch im richtigen Leben. Auf ein Bier treffe ich mich auch zukünftig lieber real mit meinen Freunden ...

Ihr Philipp Matthias Bregy
Nationalrat

NEIN zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die Volksinitiative des Mieterverbands ist nach der Zweitwohnungsinitiative und dem Raumplanungsgesetz ein weiterer Angriff auf die Selbstbestimmung der Bürger, das private Eigentum sowie die Souveränität der Kantone. Es gibt in der Schweiz und gerade

wollen, das weit über alle Ziele hinauschiebst.

Wir im Kanton Wallis haben in den letzten Jahren mehrfach erleben müssen, was für schlechte und wirtschaftshemmende Auswirkungen übermotivierte Gesetze von städtischen Weltverbesserern konkret auf die Werthaltigkeit unseres Grundeigentums und auf die Selbstbestimmung über unseren eigenen Grund und Boden haben können.

Ein unnützes Bürokratiemonster

Eine gesetzlich vorgeschriebene Quote von 10% ist eine unnötige, unflexible und ungerechte Einschränkung. Die Initiative würde einen grossen administrativen Aufwand und damit natürlich auch sehr hohe Kosten auslösen. Die Initianten verlangen ernsthaft in gewissen Fällen die Einführung eines Vorkaufsrechts für Grundstücke zugunsten von Kantonen und Gemeinden. Einem solch massiven Eingriff in die freie Marktwirtschaft darf niemand zustimmen, dem die Grundpfeiler und Grundwerte der schweizerischen Erfolgsmodelle noch etwas bedeuten.

Die CVP Oberwallis ist ganz klar gegen ein weiteres unnützes Bürokratiemonster, welches unserem Kanton Wallis ganz besonders schaden würde. Dank dem notwendigen Ständemehr haben auch wir bevölkerungsarmen Kantone eine wichtige Stimme. Nur mit einem überzeugten NEIN können und müssen wir unsere Interessen schützen.

«Schon wieder ist das Grundeigentum der Walliserinnen und Walliser in Gefahr»

Mischa Imboden, CVPO Vizepräsident



auch im Wallis ausreichend Wohnungen und zwar zu tragbaren Preisen. Zudem wird der gemeinnützige Wohnungsbau auch heute schon gefördert. Einmal mehr geht es darum, ein Problem, welches vor allem in ein paar wenigen Schweizer Grossstädten auftritt, mit einem flächendeckenden gesamtschweizerischen Gesetz lösen zu

JA zur Erweiterung der Antirassismustrafnorm

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Erweiterung der Antirassismustrafnorm um die sexuelle Orientierung ab.

Damit haben wir die Gelegenheit, eine Gesetzeslücke zu schliessen und Lesben, Schwule und Bisexuelle vor extremem Hass und Hetze zu schützen. Noch heute sind Homosexuelle in ihrem Alltag Diskriminierung aus-

bar sind, ist der Schutz vor Hass von enormer Bedeutung. Mit dieser Strafnorm würde da angesetzt, wo Hass entsteht: Beim Wort. Denn auf Worte folgen immer auch Taten.

Wir leben zudem in einer liberalen Demokratie, deren Ziel es sein muss, Menschen zu schützen, die aufgrund ihrer Identität von Herabwürdigung und Erniedrigung betroffen sind. Hass gehört bestraft, denn er schadet nicht nur den direkt Betroffenen, sondern auch der Gesellschaft und dem friedlichen Zusammenleben insgesamt.

Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit

Mit dem erweiterten Gesetz geht es aber nicht darum, die freie Meinungsäusserung einzuschränken – kontroverse Haltungen gegenüber Homo- und Bisexuellen und auch gegenüber der Ehe für alle bleiben weiterhin erlaubt. Hass unterscheidet sich klar von einer Meinung, das zeigt auch die sorgsame Anwendung der bisherigen Strafnorm, wo stets die Meinungsfreiheit gegenüber der Menschenwürde abgewogen wird. Deshalb befürworte nicht nur ich die Erweiterung der Strafnorm und sage JA zum Schutz vor Hass. Die CVP-Bundeshausfraktion hat die Vorlage einstimmig zur Annahme empfohlen. Und die Delegierten der CVP Schweiz empfehlen die Vorlage mit grosser Mehrheit ebenfalls zur Annahme.

«Hass gehört bestraft, denn er schadet nicht nur den Betroffenen, sondern auch der Gesellschaft und dem friedlichen Zusammenleben insgesamt.»

Francesco Walter, CVPO Grossrat



gesetzt. Viele Fälle von tätlichen Übergriffen auf schwule Paare, die in letzter Zeit publik wurden, zeichnen ein alarmierendes Bild. Obwohl solche Übergriffe schon heute straf-